

Tiefes Tal, tiefer Graben

**München kommt sein Wasser kostenlos aus der Mangfall,
Bürgern und Politikern in der dortigen Region missfällt das**

Von Michael Ruhland

Der Stoff taugt für einen Mehrakter. Grundthema ist der klassische Konflikt: David gegen Goliath. Es geht um Heimat, um Liebe, Hass und alte Wunden. Und um viel Geld. Mal wird verbal scharf geschossen, mal sondieren Unterhändler, zu welchem Preis dem Widerpart Zugeständnisse abzurufen wären. Frieden aber, das ist allen Beteiligten klar, wird es so schnell nicht geben.

Nicht so lange die Stadt München ihre langen Finger in das Mangfalltal hält – in jenes Tal, das 40 Kilometer entfernt von München liegt und die Landeshauptstadt seit 130 Jahren mit der wichtigsten Ressource versorgt, die es gibt: Wasser. Bis zu 260 Millionen Liter fließen täglich vom Mangfalltal gen Norden. Kostenlos.

Nun aber will die Region rund um das Mangfalltal die alten Wasserrechte der Stadt München überprüfen lassen. So hat die Gemeinde Valley ein Gutachten erstellen lassen und das Landratsamt Miesbach aufgefordert, tätig zu werden – mit dem klaren Ziel, die kostenlose Wasserversorgung von München in Frage zu stellen. „Es geht uns um die Gültigkeit der Altrechte“, sagt Bürgermeister Andreas Hallmannsecker. Auch der Miesbacher Landrat Jakob Kreidl hält eine rechtliche Klärung „grundsätzlich für notwendig“.

Die Gemeinde Valley will sich dabei eines Hebels bedienen, den es erst seit dem März 2010 gibt: Damals ist das neue Wasserhaushaltsgesetz in Kraft getreten, der zentrale Bestandteil des deutschen Wasserrechts. In der neuen Fassung des Wasserhaushaltsgesetzes, die die Bundesregierung geschaffen hat, heißt es, dass „der Wasserbedarf der öffentlichen Wasserversorgung vorrangig aus ortsnahen Wasservorkommen zu decken“ sei.

Das Mangfalltal, meinen die Wasserkämpfer aus dem Münchner Südosten, sei aber alles andere als ortsnah. Die Landeshauptstadt habe, so Hallmannsecker, mit seinen fünf Tiefbrunnen in der Schotterebene genügend eigene Vorräte.

Deshalb könnte der neue Anlauf, Münchens Wasserrechte auszuhebeln, erfolgreicher sein als der letzte Vorstoß vor elf Jahren: Damals hatten 60 Darchinger Bürger eine Normenkontrollklage eingereicht, doch diese wurde vom Bayerische Verwaltungsgerichtshof abgeschmettert – allerdings aus formalen Gründen, wie Lorenz Hilgenrainer betont. Der Darchinger Gemeinderat und Nebenerwerbslandwirt leitet den „Verein der Wasserschutzzonengeschädigten Miesbach-Thalham-Darching“, der seit Jahren einen Kampf gegen die großen Münchner Stadtwerke (SWM) führt – bislang allerdings mit wenig Erfolg.

Aber auch die Stadtwerke kommen im Mangfalltal nicht recht weiter. Seit fast zehn Jahren liegt ein Antrag der SWM auf Eis, das Wasserschutzgebiet Thalham-Reisach-Gotzing zu erweitern. Rein rechtlich müsste das Verfahren längst vorangetrieben werden, aber Landrat Kreidl denkt gar nicht daran. Denn ein Schutzgebiet heißt: Auflagen, Einschränkungen beim Bauen, in der Landwirtschaft, beim Gewerbe. Und so etwas will natürlich kein Politiker öffentlich vertreten.

Der Landrat steckt in der Zwickmühle. Eigentlich darf er als Leiter der Untersten Staatsbehörde den Vollzug von Gesetzen nicht blockieren. Als gewählter Repräsentant des Landkreises fühlt er sich aber seinen Gemeinden verpflichtet. „Ich habe nichts behindert, verzögert, verschleppt“, beteuert der CSU-Mann. Schon vor einem Jahr sprach er von einem „Runden Tisch“, an dem sich alle Beteiligten austauschen sollten. Er habe, sagt Kreidl, das Umweltministerium gebeten, das Thema in die Hand zu nehmen.

Die Politik der Stadtwerke ist über all die Jahre einigermaßen gleich geblieben, nur der Ton ist konzilianter. Man versucht, auf die Gemeinden zuzugehen und öffnet bisweilen auch den Geldbeutel. Den Darchingern bezahlen die SWM nun die Mehrkosten für eine Park&Ride-Anlage am Bahnhof – immerhin 50 000 Euro. Die Gemeinde Valley muss das Parkplatz-Regenwasser wegen des Schutzgebiets eigens auffangen und ableiten.

Auch die Stadt Miesbach ist inzwischen besser auf die Münchner zu sprechen. Sie will im Norden ein Gewerbegebiet ausweisen, muss aber auch auf den Trinkwasserschutz achten. „Wir gehen aufeinander zu, sonst kommen wir nie weiter“, sagt Bürgermeisterin Ingrid Pongratz. Zur Sicherheit lässt sie gerade selbst Bohrungen auf den Flächen machen. So ganz traut sie den Stadtwerken nicht. Und das hat historische Gründe.

Als sich der Münchner Magistrat 1880 aus purer Not heraus dazu entschloss, das Mangfalltal anzuzapfen, kaufte er Grundstücke im Quellgebiet. In den 1950er Jahren gipfelte das darin, dass die Stadt einen ganzen Ort aufkaufte und absiedelte. 70 Gebäude ließen die Münchner damals abbrechen, es sollte nichts als purer Regen ins Erdreich gelangen. Unter-Thalham gibt es nicht mehr, nur der Herrnmüllerhof steht noch. Der Besitzer hatte sich geweigert zu verkaufen, am Ende kam ihm der Denkmalschutz zu Hilfe. Im Hof gibt es eine alte Hauskapelle, erbaut von Augustiner-Chorherren. Der Herrnmüllerhof blieb stehen, den Einheimischen ist er ein Menetekel. Ausflügler, die mitunter auf dem schönen, von den Stadtwerken konzipierten „Wasserweg“ in die Region radeln, sehen nur die Idylle. Auf den blühenden Wiesen finden sich seltene Orchideenarten, mit etwas Glück kann man Ringelnattern beobachten, die sich am Wasserschloss Reisach sonnen.

Die Bürger im Mangfalltal aber fühlen sich bevormundet. Zumal die SWM auch weiterhin alle Grundstücke kaufen, die sie bekommen können. „In dem Moment können wir bestimmen, wie wir dort Wasserschutz betreiben, ohne dass ein Dritter geschädigt wird“, erklärt SWM-Geschäftsführer Stephan Schwarz (siehe Interview). Diese Politik hat aber auch eine Kehrseite. Landwirte etwa, die gerne ihren Betrieb erweitern würden, kommen nur schwer an Grundstücke heran. Es heißt, dass die SWM höhere Preise bezahlen, auch wenn Schwarz das bestreitet.

Der vielleicht geschickteste Schachzug der Stadtwerke datiert nun schon fast 20 Jahre zurück. 1992 legten sie im Mangfalltal ein Bio-Bauern-Programm auf. Wer auf Öko-Landbau umstellt, bekommt bis zu 300 Euro pro Jahr und Hektar von den Stadtwerken als Subvention. Mehr als hundert Landwirte machen inzwischen mit. Damit verhindern die SWM nicht nur, dass Nitrate durch Düngemittel oder Pestizide ins Grundwasser gelangen. Sie binden Bauern über langjährige Verträge und machen aus möglichen Gegnern Mitstreiter.

Zudem ist das Programm, das gerade verlängert wurde, ein enormer Imagegewinn. Die Stadtwerke dürfen sich damit brüsten, „das größte zusammenhängend ökologisch bewirtschaftete Gebiet in ganz Deutschland“ geschaffen zu haben, wie sie auf ihrer Homepage verkünden. Und es soll noch deutlich größer werden, das zeigen Pläne der Stadtwerke, die über die eigentlichen Wassereinzugsgebiete hinausgehen.

Lorenz Hilgenrainer und seine 120 Vereinsmitglieder sehen dagegen eher den Verlust an Heimat. „Das ist ein reines Machtgehabe. München will die Hand drauflegen“, mutmaßt er. Wenn ein Landwirt erst mal Geld annimmt, „dann kann er schwer auf die Barrikaden gehen“. Hilgenrainer hat nun auch dem Bauernverband den Kampf angesagt, weil die beiden Obmänner den Öko-Kurs der Stadtwerke unterstützen.

„Wir müssen die Wasserentnahme begründen“

130 Jahre Streit: Stephan Schwarz, technischer Geschäftsführer der Stadtwerke, über Aversionen und alte Rechte

Stephan Schwarz ist seit dem Jahr 2003 Geschäftsführer für Versorgung und Technik bei der Stadtwerke München GmbH. Die Trinkwasserversorgung dürfte zu den heikelsten Aufgaben gehören, Schwarz musste sich bei Terminen im Landkreis Miesbach viel Kritik anhören.

Herr Schwarz, der Streit ums Wasser währt seit 130 Jahren, viele Menschen im Mangfalltal fühlen sich durch die Stadt München gegängelt und fremdbestimmt. Auch Sie wurden in den letzten Jahren angegriffen. Was ist Ihre Lehre daraus?

Eine verträgliche Wassergewinnung ist nur möglich, wenn wir die Region als Partner sehen. Von oben runter, par ordre du mufti, ist mit unserem Rechtsgebilde und Demokratieverständnis nicht vereinbar. Sicherlich gab es in der Vergangenheit auch Versäumnisse. Wir müssen uns bemühen, die Notwendigkeit der Wasserentnahme zu begründen. Wir bemühen uns aber auch zu beobachten, ob die Betroffenheit eine sachlich begründete ist oder nur eine emotionale.

Erklären Sie bitte diesen Unterschied.

Emotional ist die Betroffenheit, wenn es nur um die Tatsache geht, dass München Wasser im Mangfalltal fasst, dieses Wasser aber keinem fehlt, weil es ja Allgemeingut ist. Eine sachlich begründete Betroffenheit beginnt zum Beispiel, wenn Wasserschutzgebiete ausgewiesen werden. Es werden Auflagen gemacht – auch die kommunale Entwicklung wird beeinflusst. Es war schon sehr früh unser Ziel, dass wir für Betroffene Lösungen finden.

Was sind das für Lösungen?

Die kommunale Entwicklung, aber auch die der Grundeigentümer darf aus unserer Sicht nicht unzumutbar beeinträchtigt werden. Wir tragen dann im Einzelfall die Mehraufwendungen. Wir sind mit der Philosophie herangegangen, dass es einen Ausgleich geben muss, wenn wir selbst einen Nutzen haben und damit andere einschränken.

Seit vielen Jahren schleppt sich ein Verfahren für ein neues Wasserschutzgebiet im Mangfalltal hin, das die Stadtwerke gerne ausgewiesen haben würden. Warum geht nichts voran?

Das stockt so lange, weil das Thema emotional hochgekocht wurde. Spürbar war eine große Aversion bei den dortigen Mandatsträgern und Bürgern. Wir haben festgestellt, dass diese Emotionen von falschen Annahmen herrühren. Die Ängste waren so groß, dass man mit Argumenten nicht mehr dagegenhalten konnte. Wir wollten deshalb den Druck herausnehmen und einen neuen Anlauf nehmen.

Welche falschen Annahmen?

Ein großer Streitpunkt in der Stadt Miesbach war das geplante Gewerbegebiet im Norden. Wir sagten, dass das Gewerbegebiet dem Wasserschutz widerspricht – da sind wir recht bestimmt auf dem Verwaltungsweg vorgegangen. Die Stadt sah sich ihrerseits eingeschränkt. Daraus haben wir gelernt. Es kommt auf die Sprache und den Ton an. Man muss aufeinander zugehen, und das findet jetzt statt.

Etliche Landwirte sehen die Stadtwerken als Krake, die sich das Mangfalltal Stück für Stück einverleibt.

Früher war von kalter Enteignung die Rede und von Entwertung des Eigentums, weil die Beleihungsgrenzen für Grundstücke durch die Schutzgebietsausweisungen geschmälert sind. Uns hat das zum Teil sehr überrascht, aber die Ängste sind real; gerade was das Thema Beleihungsgrenze anbetrifft. Hier muss man Ersatzlösungen finden.

Heißt das, dass Sie beispielsweise für einen Landwirt Bürgschaften übernehmen, damit dieser zu Krediten kommt und seinen Betrieb erweitern kann?

Das bleibt den einzelnen Gesprächen vorbehalten. Nur: Es kann nicht sein, dass einer in seinem Eigentum so eingeschränkt wird, nur weil eine Bank irgendwelche aus unserer Sicht nicht sinnvoll anwendbare Kriterien heranzieht.

Sie sprachen von der Notwendigkeit der Wasserentnahme. Viele im Mangfalltal bezweifeln dies: München besitzt stadtnah fünf Tiefbrunnen, deren Wasser leicht ausreiche. Was entgegnen Sie?

Das ist ein ganz typisches Beispiel von Nicht-Akzeptanz einer sachlichen Diskussion, die wir führen. Die kritischen Bürger, die sich in Gegnerschaftsvereinen organisieren, sollten zumindest so viel Vertrauen in unsere Rechtsstaatlichkeit haben, dass es neutrale Instanzen gibt, die diese Notwendigkeit prüfen.

Haben Sie Angst, die alten Wasserrechte der Stadt München vor Gericht überprüfen zu lassen?

Es ist ja schon Entsprechendes mehrfach angezettelt worden, und es gibt auch schon in unterschiedlichen Instanzen Gerichtsentscheide darüber, wonach wir glauben, dass man das Thema eigentlich zu den Akten legen kann. Wir sehen diese Rechtsdiskussion relativ gelassen.

Interview: Michael Ruhland